

Rieser Tagesblatt



und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger)

Verlagsamt
Tagesblatt Rieser
Grunn Nr. 24
Postfach Nr. 22

Das Rieser Tagesblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts und der Amtshauptmannschaft beim Amtsgericht Rieser, des Rates der Stadt Rieser, des Finanzamts Rieser und des Hauptzollamts Weißen bestellungsweislich bestimmte Blatt.

Verlagsamt
Tagesblatt Rieser
Grunn Nr. 24
Postfach Nr. 22

Nr. 36.

Freitag, 12. Februar 1932, abends.

85. Jahrg.

Das Rieser Tagesblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark ohne Zustellgebühr, durch Postweg RM. 2.14 einschließlich Postgebühr (ohne Zustellungsgebühr). Für den Fall des Eintretens von Produktionsveränderungen, Erhöhungen der Papiere und Materialpreise behalten wir uns das Recht der Preis-erhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und tabellarischer Satz 50%, Aufschlag, feste Tarife, Bemühter Rabatt erlischt, wenn der Betrag verfällt, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Befüllungsart: Rieser. Achtung! Unterhaltungsbeilage „Erzähler an der Elbe“. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Verleger oder der Beförderungsanstalten — hat der Besteller keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises.
Redaktionsdruck und Verlag: Ronger & Winterschlag, Rieser. Geschäftsstelle: Goethestraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Hillemann, Rieser; für Anzeigen: Wilhelm Dietrich, Rieser.

Man wartet ab.

Die Wirtschaftskrise zeichnet überall tiefe Spuren. Man kennt die Ursache der Krise. Viele Konferenzen haben stattgefunden, Möglichkeiten, die Krise zu beenden, wurden erörtert. Diese Möglichkeiten sollen vorliegen. Aber gesehen ist nichts. Während sowohl in Deutschland wie in den anderen Ländern weiteres Absinken der Konjunktur festgestellt werden muß, wird es still um die — sagen wir — Samierungspläne. Es fehlt dort, wo der Antrieb gegeben werden könnte, das Vertrauen. Misstrauen geht um. Der Kampf gegen das Misstrauen; ein seitlicher Kampf überhaupt — hat begonnen. Angeblich könnte dieses Misstrauen von der politischen Seite her gebannt, beschwichtigt werden. Die Kapazitäten am Krankenbett der Wirtschaft sind, den Patienten einhalten zu können, bis die politische Atmosphäre gerettet ist. Hier aber sind die größten Widerstände zu befürchten.

Gläubte man, von einer Reparationskonferenz könne ein frischer Aufwind durch großzügigen Verzicht der Reparationsgläubiger auf die deutschen Zahlungen ausgehen, so hat man sich geirrt. Mit der Großmut ist es eine eigene Sache, wenn ausgeprochenen Nachsicht und beispielloser Sparsamkeit Opfer bringen sollen. Die Reparationskonferenz ist lange verschoben. Von dieser Seite ist keine Vertrauensbewegung zu erwarten. Und wollte man etwa aus der Abrüstungskonferenz wachsende politische Verständigung kommen sehen, so hat man auch diese Hoffnungen begraben. Von der politischen Bühne her wird die Krankheit des Misstrauens nicht verschwinden. Es muß schon von der wirtschaftlichen Seite die große Anregung kommen, die, wenn auch langsam, eine Konjunkturbewegung zur Folge hat. Man muß sich mit einer klügeligen Energie begnügen, da das Gebiet zu groß ist. Kann aber, wenn die Vollwärrer wachsen, die Kredite eingetroffen bleiben, der Weltmarkt immer weniger aufnahmefähig ist, die Arbeitslosigkeit weiter ansteigt, kann in einer solchen Situation überhaupt eine Öffnung aufkommen, irgend ein Vorgang vermöchte die Anregung zu geben, die sich selbst über das allgemeine Misstrauen zu einer Belebung ausbreitet? Es gab schmale Gemüter, die den Krieg zwischen China und Japan wie eine Erlösung ansahen. Sie sagten, hier werde wenigstens die Rüstungsindustrie in Trabung gesetzt, und von ihrer Seite aus könnte ein Segen ausgehen. Der Segen von der Rüstungsindustrie, da glaubt sich das Empfinden der Menschheit. Aber wir werden auch nicht in die Vergangenheit kommen, einmal feststellen zu müssen, daß dieser Krieg eine aufsteigende Konjunktur brachte. Wir haben den bitteren Reiz der Unsicherheit zu leeren und abzuwarten.

Eines fällt heute besonders auf: Eine gewisse Müdigkeit, die über die Welt geht, eine Wirtschaftsmüdigkeit, wenn man so sagen darf. Eine Stagnation der Verhältnisse ist eingetreten, die zum weiteren Absinken der Wirtschaft tendiert, aber einen Dauerzustand zu bestimmen scheint. Was nicht es, wenn man der Meinung Ausdruck gibt, da man die Ursachen der Krise heute kennt, hätten die Regierungen die Verpflichtung, sich zusammen zu setzen und den Aufstieg zu dekretieren. Durch Eingriff in das vielfach brachliegende Kapital, durch weitgehende Arbeitsbeschaffung wäre das möglich. Aber noch ist es nicht soweit, daß die Regierungen die Kraft dazu aufbringen. Noch ist das Kapital, das nutzlos liegt, unantastbar und noch glaubt jedes Land, seine Lage allein weisern zu können und von dem Aufstieg des anderen zu profitieren. Ein Land wartet auf das Wohlergehen des anderen. Hier gibt es keinen Reiz mehr. Aber auch dieses Warten ist sinnlos. Die Lage aller Länder zeigt die Abhängigkeit aller von einander, die Zusammengehörigkeit der Völker, verlangt nach der rettenden Tat. Um die rettende Tat geht es heute, um den Reiz, der engere und weitere wirtschaftliche Hindernisse beseitigt.

Das ist die Lage, in wenigen Worten, das sind die Ausichten. Soll man wirklich Optimist sein?

Dithilfe und Agrarpolitik

Berlin, 12. Februar.

Der Reichskommissar für die Dithilfe, Reichsminister Schlagenschöningen, sprach im Rundfunk über das Thema „Dithilfe und Agrarpolitik“. Der Minister betonte mit Nachdruck, daß nur eine Regelung von Wert sein könne, die den organischen Zusammenhang berücksichtige, in dem die Landwirtschaft zu der gesamten Volkswirtschaft stehe. Keine Dithilfe könne auf die Dauer den deutschen Osten retten, wenn nicht eine allgemeine Wiedergesundung der deutschen Landwirtschaft überhaupt erreicht würde. Nur durch eine klare Kontingentierungswirtschaft lasse sich der Ausgleich zwischen Bedarf und Nachfrage schaffen. Die Kaufkraft der Bevölkerung trete immer mehr beherrschend in den Vordergrund, und es ließe sich klar erkennen, daß das deutsche Agrarproblem überhaupt nur noch gelöst werden könne, wenn das Arbeitslosenproblem wirksam in Angriff genommen würde. Zur Sicherstellung der deutschen Ernährung gehöre vor allen Dingen jene planmäßige Organisation des Absatzes der landwirtschaftlichen Produkte unter staatlicher Mitwirkung, eine Organisation, die leicht imstande wäre, die übertriebene Handelspanne auf ein vernünftiges Maß zurückzuführen. „Ich zweifle keinen Augenblick“, so schloß er, „daß dieses Kabinett, dem ich angehöre, nicht zögern wird, die sich als notwendig erweisenden neuen Wege der Agrarpolitik zu beschreiten“.

Der weitere Verlauf der Abrüstungskonferenz.

Genf. Nachdem auf der Abrüstungskonferenz die Hauptmächte ihren Standpunkt entwickelt haben, begegnet die weitere allgemeine Aussprache nicht mehr so großem Interesse. Heute hat der Außenminister Benech den Standpunkt seiner Regierung, der sich bekanntlich demjenigen Frankreichs und Polens eng anschließt, vorgetragen. Man nimmt an, daß die allgemeine Aussprache in der Vollversammlung sich noch bis Ende nächster Woche hinziehen wird. Abhandeln werden, so sagt man, im Hauptauschuss der Konferenz die bis dahin eingereichten praktischen Vorschläge zur Erörterung gelangen. Und zwar würde man auch hier zunächst mit einer Aussprache beginnen, um zunächst darüber Klarheit zu schaffen, in welcher Weise die Konferenz die konkretierten Abrüstungsvorschläge weiter behandeln will. Später wird es sich darum handeln, welche Kommissionen mit der Einzelberatung der verschiedenen Fragen betraut werden sollen.

Vor weitgehenden deutschen Abrüstungsvorschlägen.

Genf. Die Einreichung der deutschen Abrüstungsvorschläge, die der Reichskanzler Dr. Brüning in seiner Dienstagrede angekündigt hat, steht unmittelbar bevor. Die deutsche Abordnung hat bereits den Präsidenten Henderson ersucht, auf die Tagesordnung der nächsten Tage eine diesbezügliche deutsche Erklärung zu setzen.
Die Vorschläge stellen ein umfangreiches Programm dar, das in einzelnen Punkten die praktischen Vorschläge zu den einzelnen Rüstungskategorien enthält. Sie sind grundsätzlich auf die Deutschland im Versailles Vertrag anferlegten Entwaffnungsbeschränkungen aufgebaut, enthalten jedoch eine Reihe elastischer Bestimmungen, die eine Berücksichtigung der Interessen der kleineren neutralen Staaten ermdöglichen. Es kann angenommen werden, daß in dem Programm die vollständige Abschaffung der Hauptangriffswaffe, insbesondere der Großkampfschiffe, Land-, Unterseeboote, Bombenflugzeuge, Gas- und chemischen Angriffswaffen gefordert wird. Ferner wird in dem deutschen Programm die Abschaffung der allgemeinen Dienstpflicht, Herabsetzung des Rüstungsstandes auf ein Mindestmaß, weitgehende Herabsetzung der effektiven Truppenstärke, Erlassung der ausgebildeten Reserven, weitestgehende Einschränkung der gesamten aktiven und lagernden Kriegsmaterialien vorgeschlagen

werden. In der Frage der Herabsetzung der Ozeerenausgaben wird grundsätzlich die Abrüstung auf der Grundlage der direkten Methode der Beschränkung der Rüstungen gefordert und die bisher im englisch-französischen Abkommensentwurf vorgesehene Herabsetzung der Rüstungen auf dem Wege der Herabsetzung der Ozeerenausgaben als völlig ungenügend abgelehnt.

Ferner wird erklärt, daß die deutsche Regierung grundsätzlich bereit sei, alle Vorschläge auf dem Gebiete der Untersuchung zu prüfen.

Bestimmungen politischen Charakters sind in dem Programm nicht enthalten, da der Reichskanzler bereits in seiner Rede vor der Abrüstungskonferenz den deutschen Rechtsanspruch auf Gleichberechtigung mit sämtlichen übrigen Mächten in der Abrüstungsfrage vorgebracht hat. In dem Programm wird ferner auf die Note, die die deutsche Regierung während der Versailler Verhandlungen im Jahre 1919 den alliierten Mächten überreicht hat, hingewiesen, in der auf die von den alliierten Mächten übernommene Verpflichtung hingewiesen wird, nach der Abschaffung der allgemeinen Dienstpflicht in Deutschland auch ihrerseits ihr Dienstpflichtsystem zu ändern.

Die heutige Aussprache in Genf.

Genf. (Funkpruch.) Die heutige Aussprache der Abrüstungskonferenz wurde eingeleitet durch eine Rede des spanischen Außenministers Zulueta, der der Konferenz ausführliche Vorschläge unterbreitete. Diese Vorschläge enthalten das von den meisten Vorgesandten befürwortete Verbot der schweren Angriffswaffen der Minen-schiffe und die Beschränkung der Größe und des Aktionsradius der Unterseeboote, ferner das Verbot der militärischen Verwendung von Handelschiffen, die völlige Abschaffung der Militärluftfahrt und die Internationalisierung der Zivilluftfahrt.

Zulueta sprach in seiner Rede eine gewisse Enttäuschung darüber aus, daß die Konferenz zur Herabsetzung und Begrenzung der Rüstungen nicht eine Abrüstungskonferenz schlechthin geworden sei. Es sei abwegig, die Konferenz auf das Problem der Humanisierung des Krieges festzulegen, denn die Erfahrung habe gezeigt, daß der Krieg sich nur soweit humanisieren lassen, als der Erfolg der militärischen Operationen nicht beeinträchtigt würde.

Nationalsozialisten und Reichspräsidentenwahl.

Berlin. Der Berliner Führer der Nationalsozialisten, Abgeordneter Dr. Goebbels, beschäftigt sich in einem Artikel im „Angriff“ mit der Stellungnahme der Nationalsozialisten zur Reichspräsidentenwahl.

Einleitend wendet sich Dr. Goebbels gegen die Aktion des SA-Ministers, dessen Wertung die Nationalsozialisten nicht interessieren. Auch die Gerüchte über eine Sprengung der Harzburger Front, deren Ziel der Sturz der Regierung Brüning sei, weist Dr. Goebbels zurück. In der Wiederaufstellung Hindenburgs erklärt Goebbels dem weiter, daß bei den Auseinandersetzungen der nächsten Wochen nicht so sehr der Name Hindenburg im Vordergrund stehe als vielmehr die Politik, die er auf Ratsschlag seines Kanzlers mit seiner Autorität gedeckt habe. Diese Politik müßte nach dem Willen der nationalen Opposition beseitigt werden. Darüber könne es gar keine Diskussion mehr geben. Wehe das nicht mit Hindenburg, dann müßte es eben gegen ihn gehen, es sei denn, der Generalfeldmarschall entsetze sich dazu, daß es ohne ihn gehen solle. Der Präsidenten wird, darüber könne, so schließt der Artikel, kein Zweifel mehr bestehen: der, den wir wählen. Es soll aber vorher die Garantie geschaffen sein, daß er dem Reich nicht nur präsidiert, sondern daß er das Reich führt.

Entscheidung in der Präsidentschaftsfrage bis zum Sonntag?

Berlin. In Berliner politischen Kreisen rechnet man nunmehr damit, daß eine Entscheidung über die Wahlfrage oder die Ablehnung der Reichspräsidentenwahlkandidatur durch Hindenburg bis zum Sonnabend abend oder Sonntag endgültig gefallen sein wird.

Verbot für Nationalsozialisten und Kommunisten in Berlin in Aussicht genommen.

Berlin. (Funkpruch.) Der Polizeipräsident hat heute folgendes Schreiben an die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei und Kommunistische Partei gerichtet: „Die Verhältnisse in den letzten Tagen haben erkennen lassen, daß von Seiten Ihrer Parteigänger planmäßige

öffentliche politische Versammlungen anderer Parteien geübt und die Abhaltung der Versammlungen zum Teil unmöglich gemacht worden ist. Sollten sich diese Verhältnisse wiederholen, so sehe ich mich genötigt, zur Aufrechterhaltung von Ruhe, Sicherheit und Ordnung die öffentlichen Versammlungen, die von Ihrer Partei beabsichtigt werden, vorwiegend zu verbieten, da erwartet werden kann, daß durch das Abhalten Ihrer Versammlungen weitere Gefahren für die öffentliche Sicherheit eintreten werden.“

Feier der Papstkrönung.

Berlin. Aus Anlaß der 10. Wiederkehr des Krönungstages Papst Pius XI. hielt heute vormittag der päpstliche Nuntius Cesare Orsenigo ein feierliches Pontifikalmesse in der St. Michael-Basilika.

Eine halbe Stunde vor Beginn der Feier zogen die Kirchenvereine Großberlins und die Studentenverbindungen in die Kirche ein. Die erste Kirchenbank war für die Vertreter der Regierung und der Diplomatie reserviert. Punkt 10 Uhr wurde unter den Klängen der Hymnen der päpstliche Nuntius vom Domkapitel und der Pfarrgeistlichkeit im Atrium empfangen und im feierlichen Zuge zum Hochaltar geleitet. Die An- und Abfahrt der kirchlichen Fürsten, Diplomaten und Regierungsvertreter hatte ein zahlreiches Publikum angezogen. — Am dem Pontifikalmesse nahm auch Reichskanzler Dr. Brüning, zugleich in Vertretung des Herrn Reichspräsidenten teil.

Eine neue Note Chinas an den Völkerbund.

Genf. (Funkpruch.) China hat soeben einen neuen bedeutungsvollen Schritt beim Völkerbund in seinem Konflikt mit Japan unternommen. Der chinesische Delegierte Pan hat dem Generalsekretär des Völkerbundes eine Note überreicht, in welcher der Rat erneut angefordert wird, wirksame Maßnahmen gegen Japan zu ergreifen. Die in der Note enthaltenen Forderungen sollen, wie verlautet, darauf ausgehen, daß der Völkerbundrat die Völkerbundsversammlung mit dem Konflikt befaßt soll, China hat aus Gründen, die in der Note auseinandergesetzt sein dürften, nicht direkt die Einberufung der Bunderversammlung beantragt, sondern stellt diese Entscheidung dem Völkerbundsrat anheim, der nach Artikel 15 des Völkerbundsstatutes das Recht hat, in allen in diesem Artikel vorgesehene Fällen die Streitfragen vor den Völkerbund zu bringen. Die chinesische Note soll heute nachmittags veröffentlicht werden.